

Christos Katsioulis

Die Krise frisst ihre Parteien

Die Zustimmung zum dritten Rettungspaket wird die politische Landschaft Griechenlands weiter verändern

Schon Mitte August 2015 hat die seit Januar regierende Koalition aus »Memorandumsgegnern« – die Koalition der radikalen Linken SYRIZA mit den rechtspopulistischen »Unabhängigen Griechen« – in Athen das dritte Memorandum unterzeichnet. Damit gehen sechs Monate harter Verhandlungen mit dem Ergebnis zu Ende, das die Eurogruppe um Jeroen Dijsselbloem und Wolfgang Schäuble wohl von Beginn an angestrebt hat. Alexis Tsipras musste, konfrontiert mit der Option eines Herausrutschens aus der Eurozone, zu Kreuze kriechen – so ähnlich hat er es selbst formuliert. Das Ergebnis eines Beharrens auf den Forderungen nach Schuldenschnitt und vor allem einem Ende der Sparpolitik wäre die Wiedereinführung der Drachme gewesen und damit die unsozialste Variante für die griechischen Bürger/innen – so der linke Parteichef.

Mit diesem Ergebnis hat der Austeritätskurs in Europa die Oberhand behalten und kurz vor den Wahlen in Spanien und Portugal deutlich gemacht, dass Widerstand aussichtslos ist. Der mit lautstarken Forderungen und einem forschen Finanzminister Yanis Varoufakis ins Rennen gegangene Tsipras, der sich selbst schon als eine Art Anti-Austeritätsheld in Europa gesehen hatte, ist auf das europäische Format zurechtgestutzt worden und muss nun, gemeinsam mit den alten Parteien Nea Demokratia (ND) und PASOK die ungeliebten Sparmaßnahmen durchsetzen. Tsipras, der sich und seine sozial ausgerichtete Politik stets als tragfähige Alternative präsentierte, musste nun selbst einräumen, dass die von Europa geforderten Sparpolitiken zwar nicht alternativlos waren, die mögliche »andere Politik« jedoch katastrophale

Folgen für die griechischen Bürger/innen gehabt hätte.

Damit ist die von vielen befürchtete »Kolotoumba« (das griechische Wort für Purzelbaum) vollzogen und SYRIZA befindet sich nun auch auf der Seite der sogenannten Memorandumsparteien und implementiert eine ähnliche, wenn nicht gar härtere Rezeptur, wie ihre Vorgänger. Sowohl für die Anhänger der Linken, die bei den Wahlen im Januar noch gehofft hatten, dass mit SYRIZA der Wechsel kommen werde, als auch für die Gegner der Sparpolitik, die beim kurzfristig angesetzten Referendum am 5. Juli 2015 noch ihren Unwillen mit deutlicher Mehrheit zum Ausdruck gebracht hatten, erweist sich ihre demokratische Partizipation als sinnlos. Denn nach nun vier Parlamentswahlen – in 2009, zwei aufeinander folgenden Urnengängen in 2012 und der vorerst letzten Wahl im Januar 2015 – einer sozialistischen, einer konservativ-sozialistischen und nun einer Links-Rechts-Regierung, sowie als Krönung einem Referendum, ist das Ergebnis stets das Gleiche: Die von der Troika, nun als »Institutionen« bezeichnet, durchgesetzte Sparpolitik bleibt erhalten.

Die Folgen für das griechische Parteiensystem sind drastisch. Nach dem Zerfall der PASOK, die von knapp 44 % noch in 2009 auf gerade mal 4 % in 2015 abgestürzt ist und der langsameren Desintegration der konservativen ND, die sich in einem zähen Abnutzungskampf befindet, ist nun SYRIZA an der Reihe. Der Wechsel von der harten Antimemorandumsrhetorik hin zur Verabschiedung eines drakonischen Maßnahmenkatalogs mit Sparmaßnahmen und Kürzungen, droht nun auch die linke Partei zu zerreißen. Schon zu Beginn der Regie-

rungszeit war deutlich, dass es in SYRIZA unterschiedliche Strömungen gibt, die sich insbesondere in Bezug auf ihre Bindung an Europa, ihre Kompromissbereitschaft mit den Partnern und schlussendlich hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung unterscheiden. Diese vom Wahlsieg weitgehend übertünchten Bruchlinien sind zum Ende der Verhandlungen aufgebrochen und es zeichnet sich eine Spaltung der Partei ab. Eine Mehrheit der Partei trägt die Tsipreische Wende zähneknirschend mit und betont, ähnlich wie der Ministerpräsident und sein Finanzminister Efklydis Tsakalotos, die positiven Aspekte: die mögliche Schuldenrestrukturierung, die Investitionspakete und nicht zuletzt die Schaffung von Stabilität für die griechische Gesellschaft – ein nicht zu unterschätzender Aspekt für die seit Monaten von den politischen Turbulenzen durchgeschüttelten Menschen.

Die Minderheit von SYRIZA, mit der linken Plattform als hartem Kern, wendet sich gegen die Vereinbarung und verfolgt ganz offen einen Austritt Griechenlands aus dem Euro als alternativen Plan. Die Galionsfiguren sind der ehemalige Energieminister und Vorsitzende der linken Plattform Panagiotis Lafazanis und die Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou. Unklar bleibt die künftige Rolle des ungemein populären Yanis Varoufakis, der sich inhaltlich ebenfalls dieser Ausrichtung zuordnen lässt, allerdings noch offen lässt, ob er aus Loyalität zu Tsipras auf eine Konfrontation verzichtet. Der Showdown zwischen den beiden Lagern wird bei einem außerordentlichen Parteitag im September 2015 stattfinden, bis dahin sammeln beide Seiten ihre Kräfte. Tsipras hofft, dass die bislang noch nicht in den Parteiorganisationen engagierte neue Wählerschaft, die SYRIZA im Lauf der letzten fünf Jahre gewonnen hat, sich stärker bei diesem Parteitag einbringen wird. Denn obwohl SYRIZA mehr als 35 % der Stimmen erlangt hatte, wird die Partei weiterhin von den Kadern der alten Kleinpartei domi-

niert. Es herrscht somit keine Kongruenz zwischen Wählerschaft und Parteiorganen, ein Umstand, den Tsipras verändern möchte, denn damit würde er seine Vorherrschaft in der Partei auf lange Sicht zementieren. Unter den neuen Wählerinnen und Wählern genießt er uneingeschränkte Anerkennung, sie teilen die Überzeugung, dass Griechenland zu Europa gehört und dafür Kompromisse nötig sind und haben nur wenig mit den sozialistischen oder gar kommunistischen Träumereien eines Teils der SYRIZA am Hut. Lafazanis und seine Anhänger setzen dagegen auf den harten Kern der alten Partei und hoffen den Ministerpräsidenten aushebeln zu können. Die Chancen dafür bestehen sicherlich, denn es darf daran gezweifelt werden, dass die lokalen Parteiorganisationen einen massenhaften Zustrom neuer Mitglieder in den kommenden Wochen wohlwollend aufnehmen werden.

Im Ergebnis allerdings wird Tsipras das erleiden, was Georgios Papandreou und Antonis Samaras vor ihm erleben durften: Die eigene Partei zerbricht am Druck der Sparpolitik – der größere Teil verbleibt beim Parteichef *Augen zu und durch* und versucht, diese Politik durchzusetzen, immer nach dem Motto »Augen zu und durch«. Der kleinere Teil bleibt sich in der Ablehnung des Memorandums treu und spaltet sich entweder in einer autonomen Partei ab (so wie es die Unabhängigen Griechen aus der ND gemacht hatten) oder schließt sich einer anderen Partei an. Nachdem nun auch die Mehrheit von SYRIZA und die Unabhängigen Griechen im Memorandumslager angekommen sind, befinden sie sich in der Gesellschaft von PASOK, ND und der neuen Zentrumspartei »To Potami«. Im Antimemorandumslager, aus dem sowohl Samaras, als auch Tsipras herüber geschwenkt sind, verbleiben lediglich die kommunistische Partei Griechenlands KKE und die neonazistische Partei Chrysi Avgi, zu denen sich wahrscheinlich eine neue Grup-

pierung aus der SYRIZA-Minderheit gesellen wird.

Damit hat die Krise auch die nächste Partei gefressen. Das SYRIZA-Programm, das europäische Orientierung mit mehr sozialer Gerechtigkeit und einem Ende der Sparpolitik vereinbaren wollte, ist gescheitert, es verbleibt die europäische Orientierung, garniert mit einigen Aspekten sozialer Gerechtigkeit, das Ende der Sparpolitik ist ausgefallen. Aber die nächsten Wahlen in Griechenland stehen kurz bevor, Tsipras braucht nach der Spaltung der Parlamentsfraktion eine belastbare Mehrheit und wird wohl noch im Herbst Neuwahlen ausrufen. Dann stellt sich die Frage, wo die Stimmen der Frustrierten und Wütenden hingehen, die noch beim Referendum für ein klares »Nein« gesorgt hatten. Es besteht die Gefahr, dass die Rechtsextremen von ihnen profitieren werden, auch

die Kommunisten werden sicherlich einige Zugewinne erzielen. Doch die Neonazisten sind zu kriminell und die Kommunisten zu altbacken, als dass sich ein Großteil der Wählerschaft dort aufgehoben fühlen würde. Die größte Gefahr besteht daher darin, dass viele Bürger/innen diese Wahl als überflüssig empfinden und gar nicht erst zur Urne gehen, dass sie Parteien ebenfalls als überflüssig für die politische Willensbildung empfinden und sich auch nicht mehr von ihnen repräsentiert fühlen. Und für Europa besteht die größte Gefahr darin, dass die Menschen in Griechenland die bislang untrennbar miteinander verbundenen Ideen von Europa einerseits und der Demokratie andererseits zunehmend voneinander trennen. Das könnte dann auch Folgen weit über Athen hinaus haben.

(Dieser Beitrag berücksichtigt die Entwicklung bis zum Redaktionsschluss am 13.8.)



Christos Katsioulis

ist Büroleiter der FES-Vertretung in Griechenland.

christos@fes-athens.org

Mario Telò

Die deutsche Führungsrolle in Europa – ein Dilemma

Der Brüsseler Euro-Gipfel am 12. Juli brachte nach zähen Verhandlungen in angespannter Atmosphäre am Ende drei politische Erfolge aber auch besorgniserregende Nachrichten. Zum einen hat der Kompromiss zwischen Vertragstreue und Solidarität einen Grexit vermieden. Die politische Natur des Kompromisses hat zudem unterstrichen, dass die gemeinsame Währung keine nach der Theorie von Robert Mundell bezeichnete bloße »optimal currency area«, sondern vielmehr ein politisches Projekt ist, und dass ein Austritt Griechenlands ein politischer und geopolitischer Fehler gewesen wäre. Angesichts einer stei-

genden Gefahr durch innere Desintegration (z.B. durch euroskeptische Strömungen in fast allen Ländern oder einem möglichen Brexit in 2017) und internationale Schwächung (massive Migrationsströme, Bedrohung durch den »Islamischen Staat«, die Machtpolitik Putins etc.) wurde eine politische Entscheidung für mehr Europa getroffen. Auch wenn die Rettung Griechenlands immer noch unsicher scheint, ist dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Zum Zweiten wurde dieser Kompromiss dank des ausgeprägten Multilateralismus innerhalb der europäischen Institutio-